

Leserbrief zu

ND – 12. 5. 07 – Greifswalder Mehrheit für Wohnungsverkauf

Bürgerentscheid: Niederlage für die Greifswalder Bürgerschaft

Anscheinend ist ND einer dpa-Meldung aufgesessen, als es am 12. Mai titelte: „Greifswalder Mehrheit für Wohnungsverkauf“.

Zur Ehrenrettung für die Greifswalder Bürger muss Folgendes dazu gesagt werden:

Die Gegner des Verkaufs „eines Minderheitsanteils“

der Greifswalder kommunalen Wohnungsgesellschaft (WVG)

hatten angedeutet, einen Bürgerentscheid über diesen Verkauf initiieren zu wollen.

Die informelle Koalition von CDU/SPD/FDP, die in der Greifswalder Bürgerschaft über eine Mehrheit verfügt, ahnte für ihr Vorhaben nichts Gutes

und riss, scheinbar clever, die Initiative an sich. Man gab vor, die Bürger in so

wichtiger Angelegenheit, selbst befragen zu wollen, sozusagen als

Entscheidungshilfe.

Da man sich ziemlich sicher war, dass „das Volk“ bei klar formulierter Frage

gegen den Verkauf votieren würde, entschied man sich für ein unseriöses

Verwirrspiel.

Am Ende fragte man die Bürger, ob sie dafür seien, dass die Stadt auf die

Möglichkeit

der Schuldenreduzierung durch den Verkauf verzichten solle.

Die Frage sollte dem Bürger vermitteln: wer mit JA stimmt, hat die Verantwortung

dafür zu tragen, dass der hansestädtische Haushalt nicht saniert werden kann, und

dass die Stadt zu Sparmaßnahmen im sozialen und kulturellen Bereich gezwungen

sein wird.

Die Vorpommern sind bekanntermaßen in ihren Reaktionen eher bedachtsam

und lassen sich, wenn überhaupt, nur äußerst zögerlich an der Nase herumführen.

Und so scheiterte die „Bürgerbefragung“ denn auch kläglich!

Am Wahltag entschieden sich 8642 Bürgerinnen und Bürger gegen den Verkauf,

und lediglich 1448 dafür. Den Befürwortern fehlten für einen „Sieg“ formell 9954

Stimmen.

Wie man nun dieses Ergebnis der Öffentlichkeit als Votum der Greifswalder Bürger

für einen Verkauf präsentieren kann, bleibt das Geheimnis der

christlichen, sozialen und freien Demokraten in der Greifswalder Bürgerschaft.

Eins aber ist klar: sie sind verantwortlich für die Vergeudung von 30 000 Euro

für einen politischen Taschenspielertrick!